



## **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

### **38. Sitzung (öffentlich)**

9. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Stephan Haupt (FDP) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung wie vom Vorsitzenden vorgeschlagen zu ändern.

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 8 „Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümerinnen und Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen“ auf der Tagesordnung zu belassen.

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)****9**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 17/4100

Erläuterungsband Einzelplan 08  
Vorlage 17/1080

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 08  
Vorlage 17/1290

Änderungsanträge  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Tischvorlagen 1 und 2 –

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1373.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 08 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Anschließend stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

**2 Auswirkungen des GFG 2019 transparent machen – Warum legt die schwarz-gelbe Landesregierung keine Vergleichsrechnung vor? 18**

In Verbindung mit:

**GFG 2019**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1071

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1185

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1356

Sowie:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3302

Ausschussprotokoll 17/401

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**3 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 22**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2388

Ausschussprotokoll 17/350

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Antrag kein Votum abzugeben.

**4 Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen 23**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/2560

Ausschussprotokoll 17/353

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

**5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften 24**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3776

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu vereinbaren.

**6 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümerinnen und Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen 25**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
und der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3807

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu vereinbaren.

**7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und  
Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes 26**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3778

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf  
anzunehmen.

**8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Wohn- und  
Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung 27**

Vorlage 17/1196

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3777

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im  
federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

\* \* \*



**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 17/4100

Erläuterungsband Einzelplan 08  
Vorlage 17/1080

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 08  
Vorlage 17/1290

Änderungsanträge  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Tischvorlagen 1 und 2<sup>1</sup> –

**Johannes Remmel (GRÜNE)** führt aus, die Anträge A01<sup>2</sup> bis A05 sowie A07 befassen sich mit der Stärkung der Stadtentwicklung und der Quartiersentwicklung. Dies beinhalte auch Wechselwirkungen zu den Punkten „soziale Stadt“ und „Wohnen“, wobei der Haushaltsentwurf der Landesregierung falsche Schwerpunkte setze.

Zwar könne seine Fraktion die bereits ausführlich im Ausschuss diskutierte Heimatförderung unterstützen, allerdings nicht mit Blick auf die finanzielle Ausstattung. Zudem müsse dieses neue Förderanlagen der Landesregierung zunächst einmal anlaufen, sodass die dafür vorgesehenen Mittel relativ zu hoch seien.

**Fabian Schrumpf (CDU)** fragt nach, welche Anträge Johannes Remmel nun genau begründet habe, worauf hin **Johannes Remmel (GRÜNE)** klarstellt, die Anträge A07 sowie die Anträge A10 fortfolgende bedürften einer eigenen Begründung.

**Fabian Schrumpf (CDU)** kritisiert, die erst gestern vom Ausschussesekretariat um 17:00 Uhr verschickten und nun als Tischvorlage ausgegebenen Anträge könnten mit Blick auf die Zeit nur sehr komprimiert beraten werden.

Die Heimatförderung werde im gesamten Land sehr positiv aufgenommen und stark nachgefragt, und die Städtebaumittel würden durch andere Programme ohnehin schon abgebildet, sodass er die von Johannes Remmel geforderte Verschiebung der Mittel für nicht nachvollziehbar halte.

Dass auch die SPD die Heimatförderung positiv aufnehme, zeige ein Brief des SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Kutschaty, der sämtliche Heimatvereine der Stadt Es-

---

<sup>1</sup> Zur Tischvorlage siehe Vorlage 17/1373.

<sup>2</sup> Die Nummerierung der Anträge entspricht der Nummerierung in der Vorlage.

sen angeschrieben und auf das Heimatförderprogramm des Landes mit der dringenden Bitte angeschrieben habe, von diesem Programm Gebrauch zu machen. Eine Reduzierung des Ansatzes wäre mithin völlig falsch.

**Roger Beckamp (AfD)** widerspricht, die Grünen wollten nach seinem Verständnis lediglich neu ordnen, nicht aber unbedingt inhaltlich verändern, weil viele Punkte unter dem Heimatkapitel zur Stadtentwicklung gehörten. Diese „Zerfaserung“ wieder zusammenzuführen, halte seine Fraktion für durchaus naheliegend. Damit setze man das Heimatkonzept auch wieder an seine richtige Stelle.

**Volkan Baran (SPD)** bemängelt das späte Einreichen der Änderungsanträge, so dass sich seine Fraktion zunächst enthalten werde und sich eigene Änderungsanträge vorbehalte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** stellt klar, seine Fraktion habe ihre Änderungsanträge bereits am Dienstag eingereicht.

Er halte es für gewagt, den Aufruf von Thomas Kutschaty als Indiz dafür zu werten, dass die SPD das Heimatkonzept mittrage, zumal die Koalition in Essen gegenwärtig die Talentschulen boykottiere.

Er fordere die Koalitionsfraktionen auf, ausführlicher zu begründen, warum man die Änderungsanträge seiner Fraktion ablehne.

**Stephen Paul (FDP)** kritisiert, die Änderungsanträge der Grünen lägen erst seit wenigen Stunden und ohne die Möglichkeit entsprechender Vorbereitungen in den Arbeitskreisen der Fraktionen vor, sodass man sie erst noch sichten und beraten müsse und heute dazu noch nicht im Einzelnen Stellung nehmen könne, was man bei nächster Gelegenheit nachholen werde.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** beantragt, in diesem Fall über den Einzelplan heute konsequenterweise noch nicht abzustimmen, denn die von Stephen Paul angekündigte Beratung sei nur dann sinnvoll, wenn man bis dahin nicht längst abgestimmt habe. Andernfalls handele es sich lediglich um ein vorgeschobenes Argument.

**Stellv. Vorsitzender Stephan Haupt** erinnert an die einzuhaltenden Fristen, weshalb der Antrag von Mehrdad Mostofizadeh eine Sondersitzung in der kommenden Woche notwendig mache.

**Volkan Baran (SPD)** stellt klar, wenn man die Vereine vor Ort dazu aufrufe, das gegen die Stimmen seiner Fraktion verabschiedete Instrument zu nutzen, bedeute dies im Umkehrschluss nicht, dass man es gutheiße.



**Fabian Schrupf (CDU)** unterstreicht, er begrüße doch, dass Thomas Kutschaty Werbung für das Programm mache und den Vereinen nahelege, davon Gebrauch zu machen. Dies zeige doch, dass das Programm gut angenommen werde.

Zum Verfahren führt er aus, in der Tat müsse man Fristen einhalten. Insofern wäre es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen völlig unbenommen gewesen, ihre Änderungsanträge früher einzureichen. Deshalb nun „wieder eine Sondersitzung vom Zaun zu brechen“, werde man nicht mittragen.

**Stellv. Vorsitzender Stephan Haupt** weist darauf hin, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sehr wohl die vorgegebenen Fristen – nämlich gestern um 14:30 Uhr – eingehalten. Die E-Mail des Ausschussesekretariates sei daraufhin gestern um 16:26 Uhr versandt worden.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** stellt klar, auch jetzt noch in der laufenden Sitzung hätte er nach der Geschäftsordnung das Recht, mündliche Änderungsanträge zu stellen. Sich jetzt auf die zeitliche Komponente zurückzuziehen, könne er insofern nicht nachvollziehen.

Wenn man ernsthaft über die Anträge seiner Fraktion beraten wolle, könne man jetzt schlichtweg nicht abstimmen. Damit simuliere man Demokratie und tue lediglich so, als würde man darüber beraten.

**Stellv. Vorsitzender Stephan Haupt** gibt Mehrdad Mostofizadeh recht, nach der Geschäftsordnung könne er auch jetzt noch mündliche Änderungsanträge zum Haushalt stellen. Dieses Verfahren sei durchaus üblich und gängig.

**Henning Höne (FDP)** hält Mehrdad Mostofizadeh entgegen, er halte es für bedenklich, von „Demokratiesimulation“ zu sprechen. Zudem sei es gerade bei den Haushaltsberatungen weder besonders ungewöhnlich noch verboten, auch kurzfristig Anträge einzubringen.

Allerdings langweile diese formale Debatte tendenziell eher, sodass er auf die inhaltlichen Ausführungen von Fabian Schrupf zurückkomme. Den beantragten Verschiebungen der Grünen werde man nicht zustimmen, sondern an den politischen Schwerpunkten im von der NRW-Koalition vorgelegten Haushalt festhalten.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** widerspricht Henning Höne, der Haushaltsentwurf stamme von der Landesregierung und mitnichten von der Koalition, worin ein wichtiger Unterschied liege, denn die Koalitionsfraktionen müssten sich nun zu diesem Entwurf verhalten.

Seinen Vorwurf der Demokratiesimulation nimmt er zurück, den er für zu stark halte, und ersetzt ihn durch den Vorwurf der „Beratungssimulation“. Man könne heute nicht endgültig über den Haushaltsentwurf abstimmen, wenn man die Änderungsanträge seiner Fraktion wirklich ergebnisoffen prüfen wolle.

Dabei sei ihm selbstverständlich durchaus bewusst, dass man auch im Haushalts- und Finanzausschuss sowie selbst noch in der zweiten und dritten Lesung Änderungsanträge stellen könne; die fachliche Beratung allerdings finde in diesem Ausschuss statt.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** meint, selbstverständlich seien gebaute Wohnungen und Quartiersentwicklung im sozialen Bereich gebaute Heimat, sodass beides miteinander zu tun habe. Aufgrund der Bedarfe müsse man hier den Schwerpunkt auf die „Hardware-Entwicklung“ setzen und nicht auf „die Girlanden drumherum“ und die Software-Entwicklung.

Neue Förderschwerpunkte brauchten immer eine gewisse Zeit, bis sie angenommen seien und Anträge gestellt würden, Bewilligungen erfolgten usw. Wenn man das politische Wollen zwar mit einem deutlich erhöhten Haushaltsansatz bekunde, die Mittel aber nicht abfließen, sei das Geld falsch veranschlagt. Deshalb möchte er von der Landesregierung wissen, ob man bereits einen Überblick über die bislang abgeflossenen Mittel habe.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG)** erläutert, der Haushaltsplan für das laufende Jahr sehe 10,96 Millionen Euro vor bei dem zum 15. August 2018 gestarteten Förderprogramm. Insofern habe man in Haushaltsansatz für das laufende Jahr entsprechend reduziert. Das Förderprogramm erfreue sich hoher Nachfrage, und man gehe dazu über, die ersten Förderbescheide für das hochvolumige Element „Heimatzeugnis“ zu erteilen wie gestern erst 2 Millionen Euro. Insofern rechne man mit einem hohen Ausgabetatbestand auch im laufenden Haushaltsjahr.

Das Förderprogramm werde dann im Jahr 2019 in die Regelbeantragung und Regelbescheidung übergehen, sodass man den Ansatz auch tatsächlich benötige. Dabei fördere man, was Menschen verbinde, mit den fünf Elementen.

Dazu zählten die zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen über den Heimatscheck mit jährlich 2 Millionen Euro für 1.000 Projekte. Die entsprechenden Mittel würden bereits im laufenden Haushaltsjahr abgerufen. Gegenwärtig gebe es 700 Anträge.

Der Heimatpreis werde planmäßig im Jahr 2019 starten. Erste Städte und Gemeinden stellten Ratsbeschlüsse auf.

Das Element der Heimatwerkstatt werde weiter qualifiziert, um Menschen in den Dialog darüber zu bringen, was denn in ihrem Quartier, in ihrer Stadt Heimat ausmache, was Identität und Identifikation stifte.

Auch der Heimatfonds erfreue sich entsprechender Nachfrage.

Das Heimatzeugnis schließlich umfasse das hochvolumige Programm ab 100.000 Euro zur Förderung von Heimat in den Städten und Gemeinden. Hier sei man mit entsprechenden Anfragen hoch belegt.

Insofern halte sie dieses Programm nicht für einen Ersatz für Städtebauförderungsprogramme, sondern für viel mehr, denn es verbinde die Menschen über die Frage nach Heimat in den Regionen in Nordrhein-Westfalen. Dieses Förderprogramm wer-

de sehr intensiv angenommen und auch besprochen, worin gerade sein Sinn und Zweck liege; laute doch das Credo der Landesregierung, dass Heimat von unten gestaltet werde und nicht von oben.

Die Landesregierung stelle den Rechtsrahmen und die Finanzmittel, aber was in den Städten und Gemeinden stattfinde, entschieden die Menschen vor Ort im besten Sinne nach Freiherrn vom Stein, was die Beteiligung und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die eigene Stadt angehe.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** erinnert an die Erfahrung der letzten Jahrzehnte mit anderen Programmen wie beispielsweise zur Dorferneuerung, dass man nicht zuvörderst in Steine, Kirchen, Vorplätze und Straßenprofile dürfe, um anschließend erst die Menschen zu fragen, was sie denn eigentlich wirklich brauchten. Deshalb seien in einigen Bundesländern immer die Werkstatt oder das Dorfgespräch vorgeschaltet, um erst danach in die Hardware zu investieren.

Vor diesem Hintergrund halte er Johannes Remmels Verständnis für antiquiert, erst in die Steine zu investieren und dann über die „Girlanden“ zu diskutieren, wenn ihm also das ehrenamtliche Engagement, das man mit dem Heimatscheck fördere, wenn ihm die Werkstätten nichts wert seien.

Er greift den Vorwurf der „Beratungssimulation“ von Mehrdad Mostofizadeh auf und berichtet von einer gestrigen Ausschusssitzung, in der die für den Ausschuss relevanten Haushaltspläne aufgerufen und von einem Abgeordneten für seine Fraktion abgelehnt worden seien ohne einen einzigen Satz der Begründung, warum er so votiere. Darin liege für ihn eine echte Beratungssimulation. Den Beteiligten sei bekannt, welchen Abgeordneten er meine.

**Fabian Schrumpf (CDU)** schließt sich seinem Vorredner vollumfänglich an und hält Mehrdad Mostofizadeh entgegen, auch im Haushalts- und Finanzausschuss könne man durchaus inhaltlich diskutieren.

Für die CDU-Fraktion habe er selbst inhaltlich zu den Anträgen Stellung genommen. Seinen Ausführungen habe sich Henning Höne für die FDP-Fraktion angeschlossen. Dem Einzelplan werde seine Fraktion heute in jedem Fall zustimmen.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** kommt auf eine Auseinandersetzung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Frage zu sprechen, wo Quartiersentwicklung stattfinde. Dabei vertrete er selbst die Position, dass sie grundsätzlich bei der Stadtentwicklung im Einzelplan 08 stattfinden müsse.

Aufgrund widersprüchlicher Aussagen möchte er von der Landesregierung wissen, ob soziale Stadtentwicklung im Bereich des MAGS betreut werden sollte oder aus planerischer Sicht ausschließlich im MHKBG.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG)** antwortet, aus dem früheren MAIS habe man aus dem Landesaktionsplan „Alter und Pflege“ das Element „Quartiersentwicklung“ übernommen, das im Jahr 2018 an das Heimatskapitel angedockt worden sei.

Man habe die von Rot-Grün begonnenen Projekte fortgeführt und darüber hinaus die Projekte auf drei Jahre verlängert, für die Rot-Grün keinen dreijährigen Zeitraum vorgesehen habe.

In ihrem Hause gebe es mehrere Elemente der Quartiersentwicklung, beispielsweise im Rahmen der Städtebauförderung, der Wohnraumförderung oder dieses einen Elementes aus dem Landesaktionsplan „Alter und Pflege“. Das Landesbüro altengerechte Quartiersentwicklung habe einen sehr guten Baukasten mit Best-Practice-Beispielen zur aus ihrer Sicht allerdings verkürzten altengerechten Quartiersentwicklung entwickelt. Ihr Haus lege demgegenüber Wert auf den Begriff „altersgerechte Quartiersentwicklung“, also auf die Mischung von Frauen und Männern, Jung und Alt usw.

Dies bringe man gegenwärtig unter der Frage zusammen, wie man so qualifiziere, dass die Säulen nicht nebeneinanderstünden, sondern wie man verzahnen könne. Dies werde ihr Haus auch zukünftig begleiten.

Bislang verfüge sie über keinen Sachstand über die Zukunft des Landesentwicklungsplanes „Alter und Pflege“ und die anderen Förderelemente, die man aus dem früheren MAIS in das MAGS übertragen habe.

**Volkan Baran (SPD)** betont, konstruktive Politik bedeute, nicht grundsätzlich Anträge bestimmter Fraktionen abzulehnen oder ihnen zuzustimmen. Insofern benötige man mehr Zeit, um sich mit den Anträgen der Grünen auseinanderzusetzen. Dies gehe aber nur, wenn man heute nicht über den Einzelplan abstimme.

**Stellv. Vorsitzender Stephan Haupt** unterstreicht, bei den eingehaltenen Antragsfristen handele es sich um das übliche und auch abgestimmte Verfahren. Insofern wolle er heute über die Änderungsanträge zum Einzelplan 08 abstimmen lassen.

**Stephen Paul (FDP)** zeigt sich als relativ neuer Abgeordneter verärgert darüber, sich von langgedienten Abgeordneten wie Mehrdad Mostofizadeh vorwerfen zu lassen, Demokratie zu simulieren oder Beratung zu simulieren; gingen doch viele der neu gewählten Abgeordneten mit hoher Motivation an die Beratungen.

Man habe noch gestern Nachmittag in den Regierungsfractionen die heutige Ausschusssitzung vorbereitet, also ganz kurzfristig, um noch auf Vorschläge und neue Gedanken in dieser Woche reagieren zu können. Nun müsse man sich bei Anträgen, die kurz nach Beendigung des Arbeitskreises zugegangen seien und die man gestern Abend noch habe hastig lesen müssen, trotzdem vorhalten lassen, Demokratie bzw. Beratung zu simulieren.

Er hielte es vielmehr für undemokratisch wenn er als Sprecher für seine Fraktion einfach so entschiede; pflege man doch in der Freien Demokratischen Fraktion Augenhöhe, sodass alle seine Kollegen die Möglichkeit haben müssten, gemeinsam zu beraten, was mit Blick auf die Fristen und den Ablauf in der heutigen Sitzung schlicht nicht mehr möglich sei.

Damit es für das Land gut laufe und der politische Wille der NRW-Koalition umgesetzt werde, werde man über den Einzelplan heute beschließen, der den Ausdruck des Willens der NRW-Koalition widerspiegele, den die Landesregierung in ihrer Kompetenz umsetze. Man stehe völlig dahinter und habe der Entwurf auch in Ruhe sichten und beraten können.

Wenn die Grünen ihre eigenen Vorschläge nicht inhaltlich entwerfen wollten, sollten sie den regierungstragenden Fraktionen darin vertrauen, sie in den nächsten Tagen und Wochen zu sichten und sie inhaltlich zu diskutieren, auch wenn es nun formal nicht mehr gelinge.

Auf die Idee, bei anderen politischen Verhältnissen einen solchen Vorwurf in die andere Richtung zu machen, käme er hingegen gar nicht. Dies halte er auch für menschlich unfair. Man wolle inhaltlich gut gestalten und die Vorschläge zur Sache in den Anträgen in Ruhe prüfen und gegebenenfalls aufgreifen. Dies sei aufgrund der Kurzfristigkeit nicht möglich.

Wenn den erfahrenen Landtagsabgeordneten ihre Vorschläge tatsächlich so wichtig seien, sie voll dahinterstünden und diese nicht nur als Oppositionskulisse ansähen, sondern tatsächlich die Beratung beeinflussen wollten, so bitte er darum, die Anträge so rechtzeitig zu übermitteln, dass man sie auch tatsächlich beraten könne.

**Stellv. Vorsitzender Stephan Haupt** schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen und unter den Obleuten das weitere Vorgehen zu beraten.

(Die Sitzung wird von 10:46 bis 10:52 Uhr unterbrochen.)

**Johannes Remmel (GRÜNE)** begründet sodann zunächst Änderungsantrag A07 und danach die Änderungsanträge A10 und A11, zu denen er ausführt, mit Blick auf die Internationale Gartenausstellung gebe es große Erwartungen der beteiligten Kommunen und des RVR in Bezug auf die Unterstützung durch das Land, das seinerseits erklärt habe, die IGA zu unterstützen und bei der Durchführung zu helfen. Dies mache die Gründung einer Planungsgesellschaft, an der sich das Land beteilige, erforderlich, deren Sinnhaftigkeit sich auch schon bei der Grünen Hauptstadt Essen gezeigt habe.

Abschließend stellt er kurz die Änderungsanträge A12 bis A14 vor.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** stellt sodann kurz die Anträge A01 und A02 der Tischvorlage 2 vor, deren Begründung den in der Tischvorlage gemachten Ausführungen entsprach.

**Fabian Schrupf (CDU)** zeigt sich mit Blick auf die Ausführungen von Johannes Remmel erfreut darüber, dass die Grünen ihr Herz für die Denkmalförderung wieder zeigten, was man allerdings nicht auf die Route der Industriekultur und die Zeche Zollverein beschränken dürfe. Insofern werde die Koalition den Änderungsantrag ablehnen, beschäftige sich aber sehr intensiv mit dem Gedanken, über die wieder eingestellten Mittel der Denkmalförderung hinauszugehen.

Die Projektgesellschaft zur IGA werde in jedem Fall gegründet. Der Ansatz, das Projekt IGA aus Mitteln der Städtebauförderung abzubilden, sei allerdings ausreichend.

Beim Grundstücksfonds gingen die Grünen vermutlich schlichtweg von falschen Voraussetzungen aus; handele es sich doch um einen revolvierenden Fonds, der gemäß Haushaltsvermerk sowieso nur Ausgaben in Höhe der anfallenden Einnahmen bringen könne, also völlig unabhängig vom dort geschriebenen Ansatz. Erhöhten sich also nicht die Einnahmen, seien auch keine Mehrausgaben möglich, sodass die geforderte Erhöhung hier schlicht keinen Sinn mache.

**Roger Beckamp (AfD)** hält einige Anträge wie etwa zur Baukostensteigerung für plausibel. Mit Blick auf Änderungsantrag A13 in Tischvorlage 1 allerdings direkt 2,5 Millionen Euro mehr zu beantragen, erfordere einen substantiierten Vortrag, insbesondere ob man diesen Betrag auch tatsächlich so schnell umsetzen könne. Insofern kündigt er die Enthaltung seiner Fraktion an.

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)** stellt fest, die Anträge zum Einzelplan 20 wollten die Uhr zurückdrehen in Bezug beispielsweise auf die die Einführung der Aufwands- und Investitionspauschale und das Abschmelzen des Vorwegabzugs.

**Stephen Paul (FDP)** konstatiert, die Grünen beantragten bei der Denkmalpflege ausschließlich Mittel für Orte im Ruhrgebiet, was er für bedenklich, aber auch vielsagend halte, denn dabei handele es sich ein bisschen um die alte Politik sowie die alte Denkmalpflegepolitik: Man habe nur wenig übrig gehabt, viel mehr auch nicht in der Zukunft, aber wenn, dann nur für das Ruhrgebiet.

Man müsse aber insgesamt mehr tun, um die Eigentümer denkmalgeschützter Immobilien wirkungsvoller zu unterstützen. Dazu bedürfe es auch der Wiedereinführung echter Zuschüsse.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** erläutert, bei den Anträgen zur Denkmalpflege handele es sich um Titel, die bestimmte Objekte nannten; das andere habe Schwarz-Gelb ja bereits mit Unterstützung der Grünen in den Haushalt wieder eingeführt.

Die Einlassungen zur Gründung einer Planungsgesellschaft interpretiere er dergestalt, dass man eine Beteiligung des Landes über die im Haushalt vorgesehenen Mittel der Städtebauförderung hinaus für nicht angemessen halte. Seiner Einschätzung nach werde nämlich der gesetzte finanzielle Rahmen nicht ausreichen.

Am Ende werde sich das Land also doch stärker finanziell einbringen müssen, ohne in irgendeiner Weise beteiligt zu sein, was er sich schlechterdings nicht vorstellen könne. Wenn das Land in der Vergangenheit sehr viel Geld beigesteuert habe, sei es immer auch an der konzeptionellen Entwicklung und der Durchführung beteiligt gewesen. Es handele sich also nicht um die sinnvolle Wahrnehmung der Interessen des Landes, diese Option auszuschließen.

**Stefan Kämmerling (SPD)** führt zu den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Tischvorlage 2 aus, seine Fraktion werde Antrag A03 zustimmen, weil sie diese Position die ganze Zeit über schon sehr nachhaltig vertrete. Da es sich um eine Verschiebung innerhalb der GFG-Systematik handele, könne man ihn auch als deckungsfähig betrachten.

Bei den anderen drei Anträgen werde sich seine Fraktion enthalten, wenn man ihnen auch inhaltlich zustimmen könnte, weil es entsprechende Beschlusslagen nach den bisherigen Haushaltsberatungen gebe und man es für selbstverständlich halte, politisch begründete Mehrausgaben durch Minderausgaben an anderer Stelle zu decken.

Änderungsanträge im weiteren Verfahren bis zur dritten Lesung behalte sich seine Fraktion ausdrücklich vor.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** stellt in Aussicht, eine Anhörung zum Stärkungspaktfonds zu beantragen, bei dem es noch erhebliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe gebe und die auch eingezahlt würden. Sofern eintrete, was er befürchte, dass nämlich zusätzlich vom GFG abgeschöpft werde, obwohl man dies für die im Moment gesetzlich festgelegten Zwecke gar nicht brauche, erhoffe er sich eine Aussage darüber, was dann passiere.

Diesbezüglich schlage er die Weiterentwicklung der Entschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor. Dazu werde seine Fraktion alsbald einen sehr konkreten Vorschlag unterbreiten.

Auf der einen Seite entlaste man Städte wie Monheim mit 30 Millionen Euro, wo man Geysire baue, wie auch Ratingen und Düsseldorf, und belaste auf der anderen Seite gleichzeitig Städte wie Hagen mit 124 Millionen Euro.

Bis zu einer Neukonzeption möge man daher dieses Geld nicht mehr einsammeln, sondern stattdessen aus den Resten kompensieren. Dazu habe sich Schwarz-Gelb allerdings nicht geäußert.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1373.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 08 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Anschließend stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

